



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

††.: Die Trias : von der preußischen Grenze.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

### Die Trias.

Von der preussischen Grenze.

Das Problem der deutschen Einheit ist bis jetzt an der Existenz der beiden deutschen Großmächte gescheitert; die in den seltensten Fällen, und eigentlich nur dann übereinstimmen, wenn es galt, den revolutionären Geist einzudämmen. Das alte Sprichwort: tres faciunt collegium, hat einen handgreiflichen Sinn: unter Dreien ist eine Abstimmung möglich, unter Zweien nicht. Aber auch jene Abstimmung hat nur dann ein wirkliches Resultat, wenn die beiden Uebereinstimmenden die Mittel haben, den Dritten zu zwingen, oder wenn die Gleichheit der Lage und der Principien so groß ist, ihn zu einer freiwilligen Unterwerfung zu veranlassen. So war es eine Zeit lang mit der heiligen Allianz; Rußland war der dritte Mann der deutschen Trias: der deutsche Bundestag hatte nicht viel Anderes thun, als den Inspirationen dieses Collegiums zu folgen. Der letzte Act der heiligen Allianz war die Einverleibung Krakaus; bald darauf erfolgte die Revolution, und mit ihr das vorläufige Ausscheiden Rußlands aus dem Herrschercollegium Deutschlands.

Das vorläufige: denn das Bedürfnis eines Dritten stellte sich immer lebhafter heraus. Zuerst suchte man ihn im Reichsverweser, dem provisorischen Lehnsherrn über die beiden Großmächte; dann bot sich die Krone Baiern an; das Resultat war die Bildung einer österreichischen und einer preussischen Partei, die beide die collegialische Form der Herrschaft durch eine einheitliche zu ersetzen trachteten.

Der Bürgerkrieg stand vor der Thür, da trat Rußland wieder ein. Schon hatte es den „phaetonischen Flug“ der preussischen Politik im dänischen Kriege aufgehalten; schon hatte es durch Niederwerfung der Ungarn Oestreich wieder hergestellt; jetzt erklärte es sich im Collisionsfall für Oestreich; die Folgen waren Damüs, die Restauration in Schleswig-Holstein und Kurhessen, der Bruch Preußens mit der Revolution, der Bundestag Preußen hatte aufgehört, der Führer einer progressiven Partei zu sein.

Aber Rußland ging nicht so weit, als Oestreich wollte. Oestreich hatte die beste Absicht, jetzt die Rolle Preußens zu spielen, den nationalen Einheits-

Grenzboten IV. 1859.



gedanken für sich auszubeuten, und successiv das Kaiserthum wieder herzustellen. Die Mittelstaaten, noch im Verdruß und Schreck über die preußischen Vergrößerungspläne, gingen eine ziemliche Strecke mit, aber Rußland blieb kalt, und da dieser Druck aufhörte, sammelte auch Preußen so viel Widerstandskraft, daß die dresdner Conferenzen als schätzbares Material zu den Acten gelegt und die alten Rechtsverhältnisse wieder hergestellt wurden.

Oestreich fand bald Gelegenheit zur Rache. Man hat seine Haltung im orientalischen Krieg einfach als Undankbarkeit bezeichnet; das ist übertrieben. Rußland hatte nicht ganz gethan, was man gewollt, und es schien sich jetzt die Gelegenheit zu ergeben, die Hegemonie über Deutschland, die man von Rußland nicht erlangt, im Kampf gegen Rußland mit Hilfe der Westmächte zu erobern. Es war ein kühner, ein großer Gedanke; aber seine Ausführung erforderte eine heroische Entschlossenheit, und Oestreich handelte so, als ob ihm Europa die Kaiserwürde als Geschenk höflich entgeggetragen würde. Das geschah nicht, und das Resultat war, daß nach dem Frieden Oestreich mit sämmtlichen Großmächten verfeindet war, daß man ihm zuerst in der türkischen Grenze, dann in der italienischen Verlegenheiten bereitete. Hätte hier nicht Preußen, trotz seines gerechten Grolls, die Bundesstreue bewahrt, so wäre eine europäische Coalition gegen Oestreich und damit vielleicht eine gänzliche Umgestaltung der Weltkarte möglich gewesen.

Verfolgen wir in dieser Periode die Politik der Mittelstaaten. Hannover und Sachsen waren im ersten Schreck 1849, da Oestreich noch hilflos schien, dem allgemeinen Trieb der Fürsten gefolgt, die in Preußen ihre Stütze suchten. Dann verbanden sie sich mit den beiden südlichen Königreichen zu Bregenz, und einer nach dem andern der Kleinstaaten schloß sich an. Damals war Oestreich der mächtige Herr, und die Parole: Wenn mein Kaiser befiehlt, ziehe ich ins Feld. — Der Dritte schien gefunden: die Coalition von Bregenz; Herr v. d. Pfordten gab dieser Ansicht in den dresdner Conferenzen Ausdruck, indem er nach dem Fürsten Schwarzenberg und Herrn v. Manteuffel als Ebenbürtiger eine Rede hielt. Wie wir gesehen, war die Auffassung nicht ganz correct: Rußland war der echte Dritte.

Die Mittelstaaten begriffen es bald, als Rußland ausgeschieden werden sollte, als es einen Augenblick schien, als ob Preußen mit Oestreich im Einverständnis sei. Der bamberger Bund war gegen Oestreich und Preußen zugleich, für Rußland; später schloß sich Preußen in der Hauptsache an.

Die Politik der Mittelstaaten schien nun genau vorgezeichnet, und der geistvollste Staatsmann derselben hat sich in mehren Notizen mit vollkommener Offenheit darüber ausgesprochen: balanciren zwischen Oestreich und Preußen; diejenige Macht bekämpfen, die aggressiv auftritt, diejenige stützen, die das Alte erhält.

Eine vollständige Neutralität ist dabei freilich nicht zu denken; denn von Oestreich, dem völlig arrondirten Staat, droht keine unmittelbare Gefahr, während Preußen, dessen Gebiet, auf das wunderbarlichste mit den alten deutschen Staaten verschlungen ist, schon durch seine Existenz dem Besitzstand seiner Nachbarn gefährlich ist. Die Coalition der Mittelstaaten wird sich daher in gewöhnlichen Zeiten stets an Oestreich anschließen. Die Blätter der Coalition haben es in neuester Zeit zuweilen so dargestellt, als sei das neue Regiment in Preußen seiner politischen Färbung wegen bedenklich, aber das war ein Vorwand; die Feindseligkeit gegen Preußen war, als Mantuffel und Westphalen an der Spitze standen, ebenso groß als jetzt: wenn in Preußen das Junkerthum herrscht, wird man in Bamberg gegen die Reaction declamiren, und bei einem liberalen Gouvernement wird man vor demokratischen Umtrieben warnen. Jede Regierung Preußens wird den bamberger Blättern verdächtig sein.

In dieser Coalition lag für Deutschland noch eine andere Gefahr. Die Zeiten des Rheinbunds sind noch unvergessen, und es gaben sich in den letzten Jahren einige sehr bedenkliche Symptome kund, als wolle man wieder auf eigene Hand Politik machen. Zur Ehre Deutschlands erwies sich beim Ausbruch der italienischen Crisis diese Besorgniß als grundlos, die Volkstimme — freilich aus sehr verschiedenen Elementen zusammengesetzt — rief laut zum Krieg, gegen Frankreich, und die Regierungen der Mittelstaaten schlossen sich ohne Zögern dieser Bewegung an. Freilich hörte man damals im bamberger Lager einige sehr bedenkliche Stimmen: Preußen wurde bedroht, daß im Fall es sich nicht fügte, alle conservativen Mächte sich Oestreich und Frankreich anschließen würden; doch wol gegen Preußen.

Die Bundesverfassung wurde im Lauf dieser Crisis anders interpretirt als gewöhnlich. Bisher hatte man — factisch — angenommen, ein durchgreifender Beschluß der auswärtigen Politik könne nur gefaßt werden, wenn die beiden Großmächte einig wären. In Frankfurt wurde nun der Versuch gemacht, durch Majoritätsbeschluß Preußen in einen Krieg zu votiren, der außerhalb des Bundesgebiets lag. Die Verhandlungen über diese Ansicht, die eine wesentliche Umgestaltung des „Staatenbundes“ in einen Bundesstaat zur Folge haben würde, sind durch den Frieden von Villafranca unterbrochen.

Was nun die Staatsmänner der Mittelstaaten unter Trias verstehen, ist klar. Die Regierungen der Mittelstaaten haben wenigstens ein gemeinsames Interesse: zu verhüten, daß weder Oestreich noch Preußen zu mächtig werde, und namentlich den Vergrößerungsplänen des letztern zu widerstehn. Auf Grund dieser gemeinsamen Interessen haben sie sich miteinander zu verbinden, und da ihre Streitkraft zusammengenommen der jeder einzelnen Großmacht

annäherungsweise gleich ist, durch ihr Gewicht in allen Streitfragen, wo Oestreich gegen Preußen steht, den Ausschlag zu geben.

Ob der Plan den Wünschen und Hoffnungen der deutschen Nation gerecht wird, ist eine andere Frage; ob er durchführbar ist für eine aggressive Politik, muß sich erst in der Probe zeigen: aber eine Träumerei ist er nicht, und wo es sich bloß um Erhaltung der bestehenden Zustände handelt, hat er sogar in den meisten Fällen die sichere Aussicht auf Erfolg. — Jetzt wird aber ein ganz anderer Triasplan aufgestellt, der noch das Pikante hat, von einem demokratischen Schriftsteller auszugehen.

Fröbels Broschüre ist schon im vorigen Hefte erwähnt; von ihr ist heute die Rede.

Es macht einen wunderlichen Eindruck, wenn jemand mit dem sanftesten Ton einer durch langes und besonnenes Nachdenken gewonnenen ruhigen Ueberzeugung, mit dem stillen Lächeln eines über alle Widersprüche erhabenen praktischen Verstandes Excentricitäten vorbringt, denen man kaum mit der Phantasie folgen kann; wenn er in kühlem Geschäftston Dinge als unumstößlich wahr erzählt, deren Unwahrheit jedem Kinde bekannt ist. So hat es Fröbel während seines ganzen schriftstellerischen Auftretens gemacht, und sein milder, humaner Ton hat manchen betroffen gemacht, den von seinen Parteigenossen schon der Instinct zurückhielt. Mit dem aufrichtigen Wunsch, die Realität der Dinge zu sehn, verbindet er die absolute Unfähigkeit, die Augen aufzumachen; und die anscheinende Nüchternheit seiner Betrachtung wird durch eine Combinationsgabe paralytirt, die sich nicht selten zur wildesten Träumerei steigert. Mit einer hohen weltmännischen Verachtung aller Doctrinären verbindet er einen doctrinären Sinn, der aus einigen wenigen speculativen Abstractionen ein ganzes Gewebe politischer Vorstellungen herausspinnt.

Er gehörte bekanntlich 1848 zu den Führern der demokratischen Partei, von der er heute sagt, „sie sei mit sehr mäßigem Verstand ausgerüstet und könne kaum Ansprüche darauf machen, über das A B C der Politik hinaufzuzureichen.“ Er spricht (S. 24) von den wohlbegründeten historischen Ansprüchen der deutschen Kleinstaaten; wie er über das Nationalitätsprincip denkt, ist schon gesagt. Er spricht entschieden gegen die Wiederaufnahme der Reichsverfassung von 1849, gegen die Wiedereinberufung eines deutschen Parlaments. Ebenso energisch spricht er gegen die Hoffnungen, die sich auf eine Revolution richten. „Auch der fanatischste Revolutionär wird mir zugeben, daß eine Politik, die keine andere Basis als die einer solchen Hoffnung hat, weniger Aussicht auf Erfolg haben kann, als ein ökonomisches Unternehmen, welches sich auf einen gehofften Lotteriegewinn gründet . . . Neubildungen freilich werden auf den Umsturz des Alten folgen; aber sie werden muthmaßlich etwas ganz Anderes darstellen, als die Umsturzpolitiker sich gedacht haben . . . Die Revolution ist das große

Mittel der Russifizierung Europas, und das Heil der deutschen Nation beruht in der Vermeidung derselben."

Der leitende politische Grundgedanke, von dem er ausgeht, ist die Gefahr, die Europa von einer Coalition Rußlands und Frankreichs droht. Gegen diese Gefahr gibt es nur zwei Schutzwehren: Oestreich und die katholische Kirche. (Den letztern Gedanken läßt er wieder fallen; vielleicht kommt er später darauf zurück.) Oestreich zu schützen ist die Pflicht nicht bloß jedes deutschen Patrioten, sondern eines jeden, der sich für die europäische Civilisation interessiert. Napoleon der Dritte erscheint ihm als der genialste Mann des Jahrhunderts; er traut ihm sogar äußerst menschenfreundliche Zwecke zu; aber — „sind wir Deutschen so tief herabgekommen, daß, sei es auch in bester Absicht, nur über uns verfügt werden darf? und könnte nicht die Rettung für uns so schlimm ausfallen als die Gefahr selbst?“ Deutschland mußte um jeden Preis den östreichischen Besitzstand in Italien erhalten; und hier vergißt er plötzlich, was er von der Lächerlichkeit des Nationalitätsprinzips gesagt. „Die deutsche Nation hatte eine Satisfaction zu fordern. Wo ein deutscher Staat über außerdeutsches Gebiet herrscht, da herrscht die deutsche Nation (!! glückseliger Rudolstädter! glückseliger Sondershäuser!) über eine andere Nationalität, und diese Herrschaft ist Nationalangelegenheit. Es war eine Angelegenheit verletzter Nationallehre, gefährdeter Nationalmacht, bedrohter Nationalexistenz,“ u. s. w. — Er tadelt „die sonderbare und zugleich unpolitische Einmischung Preußens in das östreichische Regierungssystem“ —: „erinnert dieser Befehrungsversuch nicht an den frommen Eifer, welcher einen Kranken in der Stunde der Noth mit der Zumuthung eines Religionswechsels quält?“ — Wir wissen von diesem Befehrungsversuch Preußens gegen Oestreich gar nichts, aber diese Gleichgiltigkeit gegen das östreichische Regierungssystem ist charakteristisch für den ehemaligen Collegen R. Blums. „Wer die Unentbehrlichkeit Oestreichs nicht anerkennt, ist entweder nicht zum Politiker geeignet, oder er ist im russischen Interesse und gehört zu den Feinden Europas.“ Die Gegner Oestreichs seien bestochen: „Ich wiederhole hier nicht etwa allgemeine und unbestimmte Vermuthungen, sondern ich spreche mit dem vollen Bewußtsein dessen, was die Worte bedeuten, ein Urtheil aus, welches auf Thatsachen beruht.“ „Einem meiner Freunde, der in Deutschland eine Zeitschrift herausgibt, bot man eine Summe an, die man ein Vermögen nennen kann, wenn er in seinem Blatt das „Nationalitätsprincip“ verfechten wolle.“ — Warum werden diese interessanten Umstände nicht genauer mitgetheilt?

Bis dahin kann man indeß, auch wenn man die Ansichten des Verfassers nicht ganz theilt, die Berechtigung derselben nicht in Abrede stellen. Oestreichs Existenz ist jedenfalls wünschenswerth — sie für nothwendig zu erklären, heißt dem lieben Gott ins Handwerk pfeuschen — und der wünschenswertheste

Ausgang der deutschen Krisis — der wünschenswertheste und unwahrscheinlichste — eine Einigung zwischen Oestreich und Preußen. — Nun folgt aber die abenteuerliche Seite der Schrift, die Lösung der deutschen Frage, wie sie Fröbel sich denkt.

Fröbel ist nicht großdeutsch. „Die Vereinigung Deutschlands unter österreichischem Scepter — ein Gedanke, zu dem die Absicht gar nicht in Oestreichs Charakter liegt — ist eine Unmöglichkeit. Vorher müßte Preußen vernichtet, der Geist Norddeutschlands erdrückt, Rußland bis zur Ohnmacht gelähmt — kurz die übrige politische Welt auf die eine oder die andere Weise zur Unthätigkeit gezwungen sein.“

Als „Realpolitiker“ — denn so nennt sich heute jeder Doctrinär — prüft er zunächst das wirklich Bestehende. Der Unterschied von Nord- und Süddeutschland will nichts sagen: „ungleich bedeutungsvoller ist es, daß wir Oestreicher, Preußen und deutsche Kleinstaatler sind, und daß der, welchen das letzte trifft, sich dessen nicht zu schämen hat.“ Also das stolze Bewußtsein, einem Kleinstaat anzugehören, soll zwischen dem Oldenburger, Mecklenburger, Badenser und Baiern eine engere Verwandtschaft hervorbringen, als der in der Sprache wie im Leben hervortretende Gegensatz zwischen Süd und Nord! „Die strategische Aufstellung unsrer geistigen Kräfte ist ein Dreieck, dessen Spitzen nicht nur auf die Hauptverhältnisse der europäischen Politik deuten (nach welcher Seite der Politik mag wol die Spitze der Staatengruppe Mecklenburg-Anhalt-Schwarzburg-Hessen-Sachsen-Baiern-Baden gerichtet sein?), sondern auch die großen Charakterzüge im deutschen Volksgeist bezeichnen.“ „Wir nehmen die Mittel- und Kleinstaaten als eine Gruppe, die den beiden großen gegenüber ein gemeinsames Interesse hat (die Bewohner dieser Länder? oder die Fürsten?), und im Gegensatz gegen bureaukratisch zugestuzte Einformigkeit und centralisirten Staatsmechanismus das politische Leben nach der Seite des Volkes hin repräsentiren.“

Dies ist wieder ein Punkt, in dem sich die Fröbelsche Beobachtungsgabe herrlich offenbart. Daß er sich im wirklichen Leben umsieht, und z. B. die bairischen oder rudolstädter Beamten mit den preussischen vergleicht, das wäre von einem Träumer zu viel verlangt; er durfte aber nur die „Fliegenden Blätter“ aufschlagen, um sich über die Existenz von mittelstaatlichen „Staatschämorrhoidariern“ zu unterrichten. Was aber die Kleinstaaten betrifft, so dürfte die Zahl der Bureaukraten die eines preussischen Kreises um das Dreifache übersteigen. Je kleiner der Staat, desto zahlreicher und unfähiger die Bureaukratie; desto eingeschränkter und dürftiger das wirkliche Leben des Volks, da der Hof alle Kräfte an sich zieht. Bierstuben, in denen man kennegießert, mögen in Kleinstaaten zahlreicher sein; ein wirklich „politisches Leben des Volks“ findet in ihnen nicht statt. Auch wo constitutionelle Einrichtungen stattfinden, bringen

ſie es doch nur zur Kirchthumspolitik. Danach ermißt ſich der Werth der folgenden Bemerkung: „Weit entfernt, daß es wünschenswerth wäre, den bureaukratischen Centralismus des preußiſchen Systems über das übrige Deutschland auszubreiten, wird es vielmehr die Aufgabe der kleinern deutſchen Staaten werden müſſen, durch ihren Geiſt decentraliſirend und örtliche Selbſtregierung befördernd (örtliche Selbſtregierung in Flaſchenfingen!), auf Preußen einzuwirken.“

Aber die Aufgabe dieſer Gruppe geht noch weiter. „Einzeln den beiden deutſchen Großſtaaten gegenübergeſtellt, machen die Mittel- und Kleinſtaaten jede zweckmäßige Organisation des Ganzen unmöglich.“ „Für ſie muß alſo eine andere Sicherung des Beſtandes und der Unabhängigkeit gefunden werden, als die in der jetzigen Bundesverfaſſung enthalten, eine Sicherung, durch die ſie in das richtige Verhältniß nicht nur des Rechtes, ſondern auch der Macht mit den beiden deutſchen Großſtaaten treten. Dieſer Zweck wird erreicht, wenn die deutſchen Mittel- und Kleinſtaaten (ſammt und ſonders) unter ſich zu einem engern Bunde zuſammentreten, der ſich nach eigenem Intereſſe und Gutdünken zur dritten deutſchen Macht organiſirt, und als ſolche mit Oeſtreich und Preußen ebenbürtig zu einer deutſchen Dreiherrſchaft zuſammtritt.“ An dieſe dritte deutſche Macht dürfte von Seiten der beiden andern keine die innere Organisation beſchränkende Anforderung geſtellt werden, außer daß ſie ſich, in welcher Form es auch ſei (vielleicht wieder ein Kleinkaiſerthum?) eine die Einheit und Kraft der Action nach außen zulassende Bund es gewalt ſchaffen, die im Stande ſei, den Souveränen von Oeſtreich und Preußen würdig an die Seite zu treten. Von abgeſondertem Heerweſen und abgeſondertem diplomatiſchem Verkehr der einzelnen Staaten im engern Bunde der kleinen dürfte nicht die Rede ſein, aber der deutſche Kleinſtaatenbund würde dadurch als Ganzes eine politiſche Stellung gewinnen, deren Ehre und Macht auf jedes, auch das kleinſte ſeiner Glieder (Waldeck und Lippe-Deſmold) zurückſiele.“ „Dem diplomatiſchen Verkehr — und dieſe wäre eine Lebensfrage — müßte eine Organisation gegeben werden, die eine gleiche und gemeinſame Bethheiligung der drei Glieder der deutſchen Dreiherrſchaft bedingt und ſicherte.“

Zunächſt fällt auf, daß die Schwierigkeiten, dieſen engſten Bundesſtaat zu gründen, nicht kleiner ſein dürften als diejenigen, die der preußiſchen Union im Wege ſtehn. Vor allen Dingen wäre doch wol freiwillige Einſtimmung der Bethheiligten nöthig. Ob nun aber die vier Mittelſtaaten ſich dazu verſtehn werden, einem unter ihnen oder einer andern durch Volksvertretung controlirten Centralgewalt ihre Armeen und ihre Diplomaten abzutreten? Wir meinen, das Fröbelsche Project wird niemand ſo lächerlich vorkommen, als den Regierungen der Mittelſtaaten ſelbſt, auch wenn ſie es, um anderweitigen

Projecten ein Paroli zu bringen, in ihrer Presse protegiren sollten. Den Kleinstaaten wird vollends schwer deutlich zu machen sein, daß die Ehre und Macht des dritten deutschen Staats auf ihre Häupter zurückfällt. Preußen kann eine solche Conföderation nicht dulden, weil seinem an sich schon zerstückelten Gebiet dadurch der Lebensnerv abgeschnitten würde; es könnte eher ein österreichisch-deutsches Kaiserthum dulden. Oestreich wäre es fast ebenso nachtheilig als eine preußische Union. Rußland und Frankreich würden eine conföderation rhénane allerdings gern sehen, und darin liegt der Kern der ganzen Sache: die Bildung eines solchen Bundes wäre der erste entscheidende Schritt zur Herrschaft des Auslandes.

Und nun denke man sich diesen dritten Staat wirklich gegründet, und — schlage die Landkarte auf! Mecklenburg! Anhalt! Baiern! Baden! Hannover! — Die Lächerlichkeit springt in die Augen.

Dieses ganze Nebelbild hätte eine eingehende Besprechung nicht verdient, wenn es nicht dazu beitrüge, die öffentliche Meinung weiter zu verwirren, durch abenteuerliche Einfälle den natürlichen Lauf der Entwicklung zu beeinträchtigen. Für jetzt sind wir der Meinung, daß weder ein Groß- noch ein Kleindeutschland zu Stande kommt; es wird vorläufig beim Alten bleiben, oder das Bedürfniß des Volks muß mehr und mehr ein bestimmtes Ziel suchen. Man tadelt Preußen seiner abwartenden Haltung wegen: sie ist aber die allein richtige. Je erwerbzlüfterner sich Preußen zeigt, desto größeres Mißtrauen wird ihm entgegenkommen: befestigt es dagegen seine innern Institutionen, so daß man es als ein Glück empfindet ein Preuße zu sein; bewahrt es seine Unabhängigkeit von Oestreich, dessen Einfluß dreißig böse Jahre hindurch seine Kräfte paralyßirt hat; und tritt es bei allen nationalen Angelegenheiten mit Offenheit hervor, so wird die reife Frucht ihm in den Schooß fallen, nach der es jetzt vergebens die Hände ausstrecken würde. „Moralische Eroberungen in Deutschland machen.“ Das drückt den Kern der Sache aus; moralische Eroberungen macht man nur dadurch, daß man das Gefühl erregt, es sei eine Ehre und ein Glück, der schwarzweißen Fahne zu folgen.